

# A m t s = B l a t t

zur Laibacher Zeitung.

N<sup>o</sup>. 72.

Samstag den 15. Juni

1844.

## Gubernial = Verlautbarungen.

N<sup>o</sup>. 894. (2)

Nr. 11293.

### C u r r e n d e.

Stämpelpflichtigkeit aller von Behörden und Aemtern ausgefertigten Befähigungs- Decrete oder Prüfungs- Zeugnisse. — Im Nachhange der Gubernial- Currende vom 1. October 1842, N<sup>o</sup>. 23466, womit die allerhöchste Entschlie- sung vom 27. August 1842 bekannt gegeben wurde, daß die Decrete über die bestandene Prüfung aus dem Civil- und Criminal- Justiz- fache, aus dem Grundbuchsache und dem adelichen Richteramte im Sinne des S. 21 des Stämpel- und Targesezes, dem Stämpel von 30 Kreuzer unterliegen, wird in Folge des, im Einverständnisse der betreffenden hohen Hof- stellen herabgelangten hohen Hofkammer- De- cretes vom 4. d. M., N<sup>o</sup>. 11100, zur öffentli- chen Kenntniß gebracht, daß im Sinne obiger allerhöchster Entschlie- sung und der berufenen obigen Gubernial- Verordnung überhaupt, alle Decrete und Documente, welche von Behörden und Aemtern ausgefertigt werden, über die bei ihnen vorgenommenen Prüfungen zum Be- hufe der Erlangung einer Anstellung, oder der Zulassung zu einer Beschäftigung, oder einer sonstigen Befähigung, in soferne in diesen Do- cumenten die Thatsache der bestandenen Prü- fung und die dabei an den Tag gelegten Fähig- keiten des Geprüften bestätigt werden, dem für Zeugnisse im Allgemeinen im S. 21 des Stämpel- und Targesezes vorgeschriebenen Stämpel von 30 Kreuzer zu unterziehen sind. — In diesem Sinne unterliegen demnach insbe- sondere nebst den schon in dem oben angedeu- teten Decrete angeführten Documenten, diesem Stämpel auch die Decrete, rücksichtlich Zeug- nisse 1) über die Prüfungen, welche bei den

Gefälls- Obergerichten abgelegt werden müssen; 2) über die Prüfungen, welche bei den Gefälls- Behörden aus den Gefälls- und Verrechnungs- Vorschriften zur Erlangung von Amtspracti- kantstellen abzulegen sind; 3) über die Prü- fungen aus der Warenkunde, welche zur Er- langung von Oberamts- oder Amtsofficialen- stellen, bei den Gefälls- Ober- oder Hauptäm- tern zu bestehen sind; 4) über die Prüfungen, welche von den Concepts- Practikanten der politischen Landesstelle aus der politischen Gesefskunde abzulegen sind; 5) über die Prüfungen der Richteramts- Candidaten aus dem zweiten Theile des allgemeinen Straf- gesetzbuches; 6) über die Prüfungen der Be- werber um Fiscal- Adjunctenstellen; 7) über die Prüfungen der Bewerber um Concessionen zur öffentlichen Geschäftsführung oder Agentie; 8) über die Prüfungen der Candidaten um Practikantenstellen bei der k. k. Provinzial- Baudirection; 9) über die Prüfungen, welche die Bewerber um das Maurer- oder Zimmer- meisterrecht bei der Provinzial- Baudirection zu erlangen, abzulegen haben; 10) über die Prü- fungen, welchen sich die Bewerber um jüdische Familienstellen über die Kenntnisse im Lesen, Schreiben und Rechnen bei dem obrigkeitlichen Amte der betreffenden Judengemeinde in soferne unterziehen müssen, als sie über die Schulkennt- nisse kein legales Zeugniß beizubringen vermö- gen; 11) über die Prüfungen der Bewerber um Anstellungen bei Cameral- Zählämtern; 12) über die Prüfungen, welche bei dem k. k. General-Rechnungs- Directorium mit den Can- didaten für die dortige Conceptspraxis vorge- nommen werden; 13) über die Prüfungen, welche bei den Contrallsbehörden Behufs der Aufnahme in die Buchhaltungspraxis mit oder ohne Anwartschaft auf eine Concepts- Practikan- stelle beim k. k. General- Rechnungs- Directo-



vium, oder Behufs der Erlangung eines Diurnistenplatzes abzulegen sind; 14) über die Prüfungen, welche bei Provinzial-Staatsbuchhaltungen mit Privat-Beamten über ihre Rechnungskündigkeit und Befähigung zur Verwendung bei Waisenamts-Untersuchungen vorgenommen werden. — Laibach am 25. Mai 1844.

Joseph Freiherr v. Weingarten,  
Landes-Gouverneur.  
Carl Graf zu Welsperg, Raitenau  
und Primör, k. k. Vice-Präsident.  
Dr. Simon Ladinig,  
k. k. Gubernialrath.

Z. 864. (3) Nr. 10885.

**C u r r e n d e**  
des k. k. illyrischen Guberniums.  
Abschriften der Unterthans-Verhørs- und  
Strafprotocolle sind nach S. 81, Z. 8, des  
Stempel- und Targesezes stämpelfrei. — Laut  
hohen Hofkammer-Decretes vom 8. April l. J.,  
Z. 8297, kommt den Abschriften jener Ver-  
hørs- und Strafprotocolle, welche den Unter-  
thanen nach dem S. 7 des Unterthans-Straf-  
patentes vom 1. September 1781 auf Ver-  
langen unentgeltlich zu erfolgen sind, im Sinne  
des S. 81, Z. 8, des Stempel- und Targe-  
sezes, als Schriften über die aus dem Unter-  
thansverhältnisse entstehenden Streitigkeiten,  
die Stämpelfreiheit zu. — Welches zu Folge  
der anher gemachten Eröffnung der k. k. ver-  
einten Steyermärkisch-illyrischen Cameral-Ge-  
fällen-Verwaltung vom 29. v. M., Z. 4556,  
zur öffentlichen Kenntniß gebracht wird. —  
Laibach am 18. Mai 1844.

Joseph Freiherr v. Weingarten,  
Landes-Gouverneur.  
Carl Graf zu Welsperg, Raitenau  
und Primör, k. k. Vice-Präsident.  
Carl Freiherr v. Flödnigg,  
k. k. Gubernialrath.

Z. 863. (3) Nr. 10281.

**C u r r e n d e**  
des k. k. illyrischen Guberniums.  
— Womit auf einen Druckfehler aufmerksam  
gemacht wird, welcher sich in dem 6. S. der  
Gubernial-Currende vom 25. November 1843,  
Nr. 28843, die Steuernachlässe aus dem Titel  
der Elementarbeschädigung betreffend, einge-  
schlichen hat. — Der S. 6. der Gubernial-  
Currende vom 25. November 1843, Nr. 28843,

lautet folgendermaßen: „An der Hausclassen-  
steuer wird eine Nachsicht gewährt, wenn ein  
Wohngebäude durch Feuer oder Wasserschaden  
zerstört wird. In diesem Falle tritt eine Haus-  
classensteuer selbst dann noch ein, wenn das  
zu Grunde gegangene Gebäude im Laufe des  
Jahres der eingetretenen Zerstörung wieder in  
bewohnbaren Stand gesetzt wird.“ — In dem  
zweiten Abschnitte dieses S. hat sich bei dem  
Druck der Fehler eingeschlichen, daß nach dem  
Worte: „Hausclassensteuer“, das Wort „Nach-  
sicht“ ausblieb. — Der richtige Wortlaut die-  
ses S. ist daher folgender: „An der Haus-  
classensteuer wird eine Nachsicht gewährt, wenn  
ein Wohngebäude durch Feuer oder Wasserschaden  
zerstört wird. In diesem Falle tritt eine Haus-  
classensteuer-Nachsicht selbst dann noch ein,  
wenn das zu Grunde gegangene Gebäude im  
Laufe des Jahres der eingetretenen Zerstörung  
wieder in bewohnbaren Stand gesetzt wird.“  
Dieses wird im Nachhange der eingangs-  
wähnten Gubernial-Currende hiemit zur allge-  
meinen Kenntniß gebracht. — Laibach am 5.  
Mai 1844.

Joseph Freiherr v. Weingarten,  
Landes-Gouverneur.  
Carl Graf zu Welsperg, Raitenau  
und Primör, k. k. Vice-Präsident.  
Jof. Ed. Freih. Pino v. Friedenthal,  
k. k. Gubernialrath.

Z. 875. (2) Nr. 2552. ad Nr. 12450.

**R u n d m a c h u n g**  
in Betreff der Herstellung des Un-  
terbaues der Staatsseisenbahnstrecke  
von Pardubitz bis Rogitz in Böhmen.  
— Die Herstellung des Unterbaues der Staats-  
eisenbahnstrecke von Pardubitz bis Rogitz in  
Böhmen, in einer Länge von 14250 Klafter,  
wird zu Folge hohen Hofkammerpräsidialde-  
cretes vom 20. Mai 1844, Nr. 6051 E. P., im  
Wege der öffentlichen Versteigerung mittels  
Ueberrichtung schriftlicher Offerte an den  
Mindestfordernden überlassen. — Zu diesem  
Behufe können die Pläne, die Baubeschrei-  
bung, die Preistabelle für die verschiedenen Ar-  
beitsgattungen, der summarische Ueberschlag,  
mit Angabe der Qualität und Quantität der  
Arbeiten, dann die allgemeinen und besonderen  
Baubedingnisse täglich während der Amtsun-  
den im Amtlocale der k. k. General-Direction  
der Staatsseisenbahnen in Wien, Stadt, Herrn-



gasse Nr. 27, eingesehen werden. Im Allgemeinen werden hiebei folgende Bestimmungen festgesetzt. — Der Unterbau, zu welchem jedoch die Stationsplätze und Gebäude, dann die Wächterhäuser nicht gehören, wird im Ganzen, d. h. einschließlich aller dabei vorkommenden Arbeitsleistungen und Materialbeistellungen ausgedoten, und nur einem Unternehmer oder einer Unternehmungsgesellschaft, welche letztere von einem Bevollmächtigten repräsentiert werden muß, und deren Mitglieder sich jedenfalls solidarisch zu verpflichten haben, zur Ausführung überlassen. — 2) Die einzelnen Arbeiten, und die dafür berechneten Kosten sind summarisch folgende: — an Erdbewegung 199414 fl. 49 fr.; an Bauobjecten 138819 fl. 2 fr.; an verschiedenen Arbeiten, und zwar an Pflasterung der Dammböschungen 14036 fl. 23 fr.; an Rasenbelegung der Banquetten 1781 fl. 15 fr.; an Barrieren bei Wegübersezierungen 1120 fl. 40 fr.; zusammen 16938 fl. 18 fr.; im Ganzen somit 355.72 fl. 9 fr. — Diese Kosten für die eben genannten Herrstellungen werden in der Art als Pauschalbetrag behandelt, daß die Vergütung nach den festgesetzten Einheitspreisen, mit Rücksicht auf den bei der obigen Pauschalsumme anzubietenden Perzentennachlaß nur dann einzutreten hätte, wenn eine wesentliche Aenderung der Trasse Statt finden sollte; daher haben die Unternehmungslustigen in ihrem Offerte nicht nur bestimmt anzugeben, welche Perzenten sie von der ganzen Summe von 355.72 fl. 9 fr. C. M. nachlassen wollen; sondern sie haben auch ausdrücklich zu erklären, daß derselbe Perzentennachlaß auch für den Fall zu gelten habe, wenn die Vergütung eines Theils der Arbeiten Statt finden würde. — 3) Die schriftlichen Offerte, welche bei der k. k. Generaldirection der Staatseisenbahnen längstens bis 4. Juli 1844 Mittags 12 Uhr zu überreichen sind, müssen wohl versiegelt, und von Außen mit der Aufschrift „Anbot zur Herstellung des Unterbaues der Staatseisenbahnstrecke von Pardubitz bis Rogitz in Böhmen versehen seyn. — Das Offert hat folgendes zu enthalten: a) Den Perzentennachlaß oan dem oben angegebenen Pauschalbetrage, mit welchem der Offerent den gedachten Bau in der genannten Strecke sich verpflichtet, und dieser Perzentennachlaß muß mit Zahlen und Buchstaben ausgedrückt seyn. — b) Die ausdrückliche Erklärung, daß der Offerent die allgemeinen und besondern Baubedingnisse, die

Baubeschreibung und überhaupt alle diesen Bau betreffenden Pläne und Kostenüberschläge eingesehen, dieselben wohl verstanden, und mit seiner Namensfertigung versehen habe, und die darin enthaltenen Bestimmungen pünktlich erfüllen wolle. — c) In so ferne der Offerent nicht bereits Bauunternehmer bei den Staatseisenbahnen ist, oder sich bei frühern Bauversteigerungen über seine persönliche Fähigkeit zur Ausführung solcher Bauten ausgewiesen hat, die glaubwürdige Nachweisung der von ihm bereits ausgeführten Bauten und ihm zur Herstellung des betreffenden Baues zu Gebote stehenden Mittel; endlich: — d) Die eigenhändige Fertigung des Vor- und Zunamens unter Beifügung des Standes und Wohnortes des Offerenten. — 4) In dem Offerte muß die amtliche Bestätigung des k. k. Universal-Camerol-Zahlamtes zu Wien, oder eines Provinzial-Zahlamtes beigezogen seyn, daß der Offerent das 5 % Badium von der oben angegebenen Ueberschlagssumme in Barem, oder in hofungsfreien österreichischen Staatspapieren, die nach dem Börsenwerthe des dem Erlagsbetrage vorhergehenden Börsentages zu berechnen sind, erlegt habe, oder derselbe muß eine diesem Badium angemessene, von der k. k. Hofkammerprocuratur oder von einem Fiscalamte in der Provinz nach den §§. 230 und 1374 des allgemeinen b. G. B. annehmbar erklärte Sicherstellung beischließen. — Auf Offerte, welche diesen Bestimmungen nicht völlig entsprechen, oder in welchen andere, als die festgesetzten Bedingungen gemacht werden, wird keine Rücksicht genommen. — 5) Ueberreichte Offerte werden nicht mehr zurückgegeben, und der Anbotsteller bleibt hinsichtlich seines Anbotes vom Tage der Ueberreichung desselben bis zu der hierüber erfolgten Entscheidung verbindlich; die Verpflichtung des Arrars aber beginnt erst von dem Tage, an welchem von Seite des hohen k. k. Hofkammerpräsidiums die Genehmigung des Anbotes erfolgt. — 6) Die eingereichten Offerte werden am oben bestimmten Tage von einer Commission entziegelt, und nur diejenigen beschtet, welche vorschristsmäßig verfaßt, und mit den vorgezeichneten Nachweisungen versehen sind. — Die Entscheidung über die eingelangten Offerte erfolgt durch das hohe Präsidium der k. k. allgemeinen Hofkammer, und es wird hiebei demjenigen Offerte der Vorzug gegeben werden, welches sich als das Vortheilhafteste



für das Avar darstellt, vorausgesetzt, daß der Offerent auch vermöge seiner persönlichen Eigenschaften und Sachkenntniß die nöthige Bürgschaft gewährt. — 7) Nach erfolgter Genehmigung eines Angebotes wird der Erstes her davon unverzüglich verständigt, und mit demselben der Vertrag abgeschlossen werden. — Den übrigen Offerenten werden die erlegten Badien und ihnen gehörigen Documente zurückgestellt, und dieselben hiedurch der übernommenen Verbindlichkeiten rücksichtlich ihrer Angebote entbunden. Das vom Erstes her erlegte Badium wird als Caution zurückbehalten, doch wird demselben gestattet, eine andere annehmbare Caution zu leisten. — 8) Wenn der Erstes her des Baues zu der Zeit, die ihm bekannt gegeben werden wird, zum Abschlusse des Vertrages und zur Uebnahme der zu leistenden Arbeiten weder in Person, noch durch einen Bevollmächtigten erscheint, so steht es dem Avar frei, an dem erlegten Badium einen Betrag von 5000 fl. E. M. abzugiehen, wobei der Bauerses her ausdrücklich erklärt, daß er auf jede richterliche Mäßigung verzichte. Leistet er einer weitem Aufforderung keine Folge, so ist das Avar berechtigt, das für die Ausführung des Baues Erforderliche ohne weitere Einvernehmung des Bauerses hers, auf dessen Gefahr und Kosten zu veranlassen, wobei er die von der Rechnungsabtheilung der k. k. General-Direction der Staatsseisenbahnen auszufertigte ämtliche Kostenberechnung als eine öffentliche, vollen Beweis herstellende Urkunde anzuerkennen sich verpflichtet. — 9) Zur Vollendung der erwähnten Bauten in der ganzen Strecke ist der Termin bis Ende Juni 1845 festgesetzt. — 10) In dem Falle, als der Unternehmer den Bau nicht in der vorgeschriebenen Zeit vollendet, trifft denselben mit ausdrücklicher Begebung jeder anzuführenden richterlichen Mäßigung der Verlust der Hälfte einer Rate von dem im nächstfolgenden Absatze bestimmten Betrage, und er bleibt für die Folgen der Verspätung verantwortlich. Außerdem steht es der k. k. General-Direction frei, die Vollendung des Baues auf seine Kosten und Gefahr durch wen immer, auf jede ihr geeignet scheinende Weise bewerkstelligen zu lassen, und den Ersatz der Auslagen, jene für die verlängerte Aufsicht nicht ausgenommen, aus der Caution und dem sonstigen Vermögen des Unternehmers zu holen, welche auch in diesem Falle die von der Rechnungs-Abtheilung der k. k. General-

Direction auszufertigende ämtliche Kostenberechnung als auf eine öffentliche, vollen Glauben verdienende Urkunde anzusehen sich verpflichtet. — 11) Die Zahlung an den Unternehmer geschieht nach Maßgabe seiner Leistungen in Raten. — Zu diesem Behufe wird die, mit Rücksicht auf den Percentennachlaß sich darstellende Bauumme in vierzig gleiche Theile oder Raten getheilt, und dem Bauunternehmer auf folgende Weise verabfolgt: Sobald der Unternehmer so viel Arbeit vollbracht hat, daß dieselbe an Werth den für die erste Rate entfallenden Betrag um zwei Drittel übersteigt, erwirbt er den Anspruch auf die Bezahlung der ersten Rate. Die zweite Rate erhält derselbe, wenn er die Summe von zwei und zwei Drittel Raten ins Verdienen gebracht hat, und sofort muß er jedesmal, wenn es sich um eine Ratenzahlung handelt, um zwei Drittel mehr, als diese beträgt, an Bauarbeit ausgeführt haben. Nach diesem Maßstabe erfolgt die Bezahlung bis zur vorletzten und letzten Rate. Die Zahlung der vorletzten und letzten Rate wird dem Bauunternehmer erst dann geleistet, wenn die Collaudirung und Final-Liquidirung vor sich gegangen, und die Genehmigung des hohen Hofkammerpräsidiums hierüber erfolgt seyn wird. — Hat der Bauunternehmer nach seiner Leistung einen Anspruch auf eine Ratenzahlung, so wird ihm von der k. k. Bauleitung, welche über die Leistungen desselben ein Baujournal zu führen hat, ein Certificat ausgestellt, mit welchem sich der Bauunternehmer um die zu bewirkende Geldanweisung an die k. k. General-Direction zu wenden hat. — Sollte die Totalsumme des Baues aus Ursache eingetretener Modificationen geringer ausfallen, als veranschlagt wurde, so wird dieses bei der Ausstellung der Certificate in der Art berücksichtigt werden, daß bis zur Collaudirung immer zwei von den vollen im Eingange dieses Absatzes erwähnten Raten rückständig bleiben müssen. — Würde aber die eine oder die andere dieser Summen überschritten, so steht es dem Unternehmer frei, um eine à Conto-Zahlung einzukreiten, die ihm nur gegen besondere Bewilligung des hohen Hofkammerpräsidiums zu Theil werden kann. Aber auch in diesem Falle muß der Betrag von zwei Raten bis zur vollständigen Liquidirung vorenthalten bleiben. — Von der k. k. General-Direction der Staatsseisenbahnen. — Wien am 24. Mai 1844.



# Gubernial-Verlautbarungen.

B. 903. (1)

Nr. 12584.

## Verlautbarung.

Zur Sicherstellung des Brennholzbedarfes für das Gubernium und einige andere k. k. Behörden, Aemter und öffentlichen Anstalten für den Winter 1844/45, wird am 23. Juli d. J. Vormittags um 10 Uhr bei dem k. k. Gubernium in Laibach eine Minuendo-Versteigerung, verbunden mit einer Offerten-Verhandlung, Statt finden und deshalb folgendes bekannt gemacht: Der Brennholzbedarf besteht 1) für das k. k. Landespräsidium in 42 Klafter harten, für das Gubernium und für das Prov. Cameralzahlamt in 203 Klafter harten und 1½ Klafter weichen; für die Kammer-Procuration in 47 Klafter harten; für das Gubernial-Rechnungs-Departement in 12 Klafter harten, für das Stadt- und Landrecht in 105 Klafter harten und 2 Klafter weichen; für die Prov. Staatsbuchhaltung in 81 Klafter harten; für die Ständisch-Verordnenteile in 38 Klafter harten; für die medicinisch-chirurgische Anstalt sammt Klinik und Civilspital 260 Klafter harten; für das Irrenhaus 60 Klafter harten, für das Gebärhaus 60 Klafter harten; für das Inquisitionshaus 161, für das Strafhaus 275 und für das Catastral-Schätzungs-Inspectorat 12 Klafter harten, im Ganzen somit 1356 Klafter harten und 3½ Klafter weichen Brennholzes. — 2) Die Holzlieferung wird branchenweise, nämlich für jede Behörde, für jedes Amt und jede öffentliche Anstalt, so wie auch für mehrere Aemter, welche sich in einem und demselben Gebäude befinden, vor sich gehen. Nicht minder werden Angebote zur Lieferung des oben ausgewiesenen gesammten Brennholzbedarfes angenommen und bei sonst annehmbar befundenen Verhältnissen vorzugsweise berücksichtigt werden. — 3) Das zu liefernde Holz muß trocken, von durchaus guter Qualität seyn, klasterweise aufgeschlichtet übergeben werden, und eine Scheiterlänge von 22 bis 24 Zoll haben. — 4) Das Brennholz muß jeder Branche zugeliefert, am Uebernahmssorte abgeladen und auf Kosten des Lieferanten klasterweise, jede Klafter mit einem Kreuzstöße versehen, genau aufgeschlichtet werden, ohne daß der Lieferant für Fuhrlohn, Mauth oder Maßerei noch sonstige Auslagen etwas anzusprechen berechtigt wäre. — 5) Sollte es sich in der Folge ergeben, daß eine oder die andere Branche eine größere oder geringere Quantität Holzes als die im §. 1 angegebene

benöthigen würde, so ist es im ersten Falle Pflicht des Lieferanten, den größeren Bedarf gleichfalls um den Erstehungspreis beizustellen, im zweiten Falle aber hätte er für den geringeren Bedarf keine Entschädigung anzusprechen. — Als Ausrufspreis der niederösterreich. Klafter 22 bis 24zölligen harten Brennholzes für die Behörden in der Stadt Laibach werden Vier Gulden 5 kr.; für das Strafhaus am Kastellberge aber mit Zurechnung der doppelten Zufuhrkosten pr. Klafter Fünf Gulden, für die Klafter weichen Brennholzes dagegen mit Drei Gulden 8¼ kr. angenommen. — 6) Der Ersteher wird die Lieferung in acht Tagen nach dem abgeschlossenen Contracte zu beginnen, und dergestalt fortzusetzen haben, daß bis Ende August d. J. wenigstens ein Drittheil des im §. 1 angeführten Bedarfes abgeliefert seyn wird; die weiteren Lieferungen sind aber in der Art zu bewerkstelligen, daß keine Behörde einen Mangel an benötigtem Brennholze ausgelegt bleibt, und es ist diese Verpflichtung um so gewisser zu erfüllen, als im Widrigen das Aerar im Falle einer Verspätung des Lieferanten, oder wenn nicht qualitätmäßiges Holz geliefert werden sollte, berechtigt ist, den Holzbedarf auf Kosten des Lieferanten um welch' immer einen Preis anzukaufen, und den ausgelegten, den Erstehungspreis übersteigenden Mehrbetrag von der Caution, oder von dem sonstigen Vermögen des Erstehers hereinzubringen. — Zu diesem Ende wird 7) der Ersteher beim Abschlusse des Lieferungs-Vertrages seine eingegangene Verbindlichkeit sicher zu stellen haben, und zwar durch Verpfändung seiner eigenthümlichen Realität oder durch Namhaftmachung eines annehmbaren Bürgen, oder durch Hinterlegung eines dem zehnten Theile der Erstehungssumme gleichkommenden Betrages, oder endlich durch sogleiche Ablieferung einer angemessenen Quantität Holzes und Einlassung des dafür entfallenden Vergütungsbetrages bis zur gänzlichen Contractserfüllung. — 8) Für jedes an eines der obgenannten Aemter oder Anstalten gehörig beigestellte Brennholzquantum wird dem Lieferanten gegen Beibringung der legalen Uebernahmss-Recepissen die sogleiche bare Bezahlung auch ohne vorhergegangene buchhalterische Liquidation aus den betreffenden Cassen und Fonds zugesichert. Jeder Lieferungsunternehmer ist 9) verbunden, vor der Licitation ein Baadium von 50 fl. C. M. zu erlegen, welches im Falle, daß die Lieferung von demselben nicht erstanden werden sollte, gleich nach der Licita-



tion zurückgestellt, dem Ersteren aber, in so ferne die im §. 7 bedungene Caution nicht anderswie vollständig erlegen sollte, in diese eingerechnet werden wird. — 10) Es werden indessen auch vorläufige schriftliche Lieferungs-Offerte angenommen. Jedes solche Offert muß versiegelt seyn, am Tage vor der Licitation längstens bis zwei Uhr Nachmittags bei dem Subernal-Einreichungs-Protocoll übergeben werden, und mit dem Legsheine des Provinzial-Cameral-Zahlamtes über das dort erlegte Badium pr. 50 fl. C. M. belegt seyn. — Das Offert muß nebst Angabe des Namens und Wohnortes des Offerenten, und Erklärung, daß ihm obstehende Lieferungsbedingnisse bekannt sind, die bestimmte Holzquantität, welche, sowie auch die Branche, für welche geliefert werden will, enthalten; auch muß der geforderte Vergütungspreis pr. Klafter genau und mit Worten ausgedrückt werden, und jedes Offert von Außen mit folgender Aufschrift versehen seyn: „Offert des N. N. wegen Lieferung des Brennholzes für die k. k. Behörden, Aemter und öffentliche Anstalten in Laibach für die Winterperiode 1844/45.“ — Laibach am 8. Juni 1844.

**Stadt- und landrechtliche Verlautbarungen.**  
 3. 892. (2) Nr. 1415.

**E d i c t.**

Bei dem k. k. Stadt- und Landrechte, zugleich Criminalgerichte in Krain, ist der Posten eines Gefangenwärters im Inquisitionshause, mit der jährlichen Besoldung von 150 fl., dann der freien Wohnung, der Montur, sechs Klafter Brennholz und zwölf Pfund Anschlittkerzen in Erledigung gekommen. — Diejenigen, welche sich um diesen Posten, und im Falle der Vorrückung eines provisorischen Gefangenwärters, um die dadurch erledigte prov. Gefangenwärterstelle mit dem gleichen Gehalte bewerben wollen, haben ihre Gesuche, worin sie ihr Alter, den Geburtsort, Stand, Religion, bisherigen Aufenthalt, Beschäftigung, oder Dienstleistung, untadelhaften Lebenswandel, Sprachkenntniß und gute Leibeskräfte legal nachzuweisen haben, binnen 4 Wochen von der ersten Einschaltung dieses Edictes in die Laibacher Zeitung, bei diesem k. k. Stadt- und Landrechte, zugleich Criminalgerichte, zu überreichen. — Laibach am 28. Mai 1844.

3. 893. (2) Nr. 4747.

Von dem k. k. Stadt- und Landrechte in Krain wird bekannt gemacht: Es sey von die-

sem Gerichte auf Ansuchen der Johanna Dolenz, Maria Erschen, Gertraud Terznik und Helena Doberleth, gegen Florian Rheleschnitz, in die öffentliche Versteigerung des, dem Exequirten und den Bittstellern gehörigen, auf 421 fl. 40 kr. geschätzten Krakauer Waldantheiles sub Map. Nr. 174 und des am Golouz sub Rect. Nr. 920 liegenden Aekers sammt Wiesflecke gewilliget, und hiezu drei Termine, und zwar: auf den 8. Juli, 12. August und 16. September 1844, jedesmal um 10 Uhr Vormittags vor diesem k. k. Stadt- und Landrechte mit dem Beisatze bestimmt worden, daß, wenn diese Realitäten weder bei der ersten noch zweiten Feilbietungs-Tagsagung um den Schätzungsbetrag oder darüber an Mann gebracht werden sollten, selbe bei der dritten auch unter dem Schätzungsbetrage hintangegeben werden würden. Wo übrigens den Kauflustigen freisteht, die dießfälligen Licitationsbedingnisse, wie auch die Schätzung in der dießlandrechtlichen Registratur zu den gewöhnlichen Amtsstunden oder bei dem Vertreter der Executionsführer, Dr. Zwayer, einzusehen und Abschriften davon zu verlangen. — Laibach am 8. Juni 1844.

**Kreisämthliche Verlautbarungen.**

3. 898. (1) Nr. 9196.

**K u n d m a c h u n g.**

Am 19. Februar d. J. wurde im Bezirke Egg und Kreutberg ein etwas blödsinniges Individuum paß- und bestimmungslos im Betteln betreten, welches bei seiner Einvernehmung angab, Florian Montschnitz zu heißen. — Da das Domicil oder der Geburtsort des Betretenen bisher weder durch seine Einvernehmung noch durch sonstige Nachforschungen ermittelt werden konnte, so wird dessen nachstehende Personbeschreibung mit der Aufforderung öffentlich bekannt gemacht, daß diejenigen, welche hinsichtlich der Heimathsverhältnisse dieses Individuums Kenntniß besitzen, die dießfälligen Auskünfte entweder diesem k. k. Kreisamte oder dem Bezirkscommissariate Egg und Kreutberg mitzutheilen bereit seyn wollen. — Personbeschreibung des unterm 19. Februar d. J. in der dießkreisigen Ortschaft Nisch, Bezirk Egg und Kreutberg, durch die Polizeiaufsicht im Betteln betretenen und seither in dem hiesigen Detentionsverhafte befindlichen Individuums, mit dem angeblichen Namen Montschnitz. — Derselbe ist beiläufig 20 Jahre alt, mißt 5 Schuh, ist schwächlichen Körperbaues, mittlerer Statur, hatein rundes braungefärbtes



Angesicht, das linke Auge ist braun, das rechte mit einem weißen Felle überzogen, eine stumpfe Nase, proportionirten Mund, rundes Kinn, braune Augenbraunen, schwarze Haare, schüttern Bart. — Als besonderes Kennzeichen dienen das oberwähnte Fell über dem Auge, und der Umstand, daß der ganze linke Fuß mit starken und vielen Narben bedeckt ist, welches nach Angabe des Individuums daher rühren soll, weil er vor einigen Jahren in der Ortschaft Limonja, im Bezirke Ostervitz, auf ein Feuer gefallen sey und sich den linken Fuß verbrannt habe. — Er spricht bloß windisch in dem untersteirischen Dialecte, ist in etwas blödsinnig, weiß jedoch auf die gewöhnlichen Fragen zu antworten. — Bei seiner letzten Einvernehmung gab er an, Florian Tokel zu heißen, und aus Terboje, Bezirk Drachenburg, zu Hause zu seyn. Früherer Zeit gab er an, daß er Florian Montschnig heiße und von Süßenberg gebürtig sey; auch bringt er vor, bei der Bezirksobrigkeit Tüffer wegen Bettellei vor einigen Jahren körperlich gezüchtigt worden zu seyn. — K. K. Kreisamt Laibach am 7. Juni 1844.

### Aemtlliche Verlautbarungen.

3. 907. (1) Nr. 6093 | 1257.

#### Concurs - Kundmachung.

Im Bereiche der k. k. Cameralgefällen-Verwaltung für Steyermark und Mähren ist eine Kanzlisten-Stelle mit dem Jahresgehälter von zwei hundert fünfzig Gulden in Erledigung gekommen. — Diejenigen, welche sich um diesen Dienstposten bewerben wollen, haben ihre eigenhändig geschriebenen Gesuche, worin sie sich über die bisher erworbenen Kenntnisse, über die Dienstzeit und über einen untadelhaften Lebenswandel legal auszuweisen haben, im Wege ihrer unmittelbar vorgesetzten Behörde bis 20. Juli 1844 hierher einzubringen. — Auch ist von den Bewerbern anzugeben, ob und in welchem Grade sie mit einem im Bereiche der steyermärkisch-mährischen Cameralgefällen-Verwaltung dienenden Beamten verwandt oder verschwägert sind. — Graz am 4. Juni 1844.

3. 891. (2) Nr. 3388.

#### Verlautbarung.

Am 24. d. M. wird bei dem Magistrate die Licitation zur Uebernahme der Aushebung und Erweiterung des sogenannten Zorn'schen Hauptcanales, deren Kosten auf 2051 fl. präliminirt sind, mit dem Vorbehalte der hohen k.

k. Subern. Genehmigung abgehalten werden, wozu die Uebernehmer mit dem Bemerken eingeladen werden, daß sie sich vor dieser Arbeit die Ueberzeugung in der bereits vollzogenen Erweiterung dieses Canals von dem Laibach-Flussufer bis zur ersten Brücke in loco verschaffen können. — Stadtmagistrat Laibach am 8. Juni 1844.

### Vermischte Verlautbarungen.

3. 886. (1) Nr. 1523.

#### E d i c t.

Jene, die auf den Nachlaß des am 15. Mai l. J. ohne Testament verstorbenen  $\frac{1}{4}$  Hübler's Jacob Boch von Winkel bei Neustift, aus was immer für einem Grunde einen Rechtsanspruch zu machen gedenken, haben sich bei sonstigen Folgen des §. 814 b. G. B. hierorts bei der auf den 12. Juli l. J., Vormittags um 9 Uhr anberaumten Liquidationstagsfahrt zu melden.

Bezirksgericht Reifnitz den 24. Mai 1844.

3. 887. (1) Nr. 1545.

#### E d i c t.

Alle jene, die auf den Verlaß des im Dorfe Reiche mit Testament verstorbenen Grundbesizers Sebastian Koschier aus was immer für einem Grunde einen Rechtsanspruch zu machen gedenken, haben sich bei sonstigen Folgen des §. 814 b. G. B. hierorts bei der auf den 16. Juli l. J., Vormittags um 9 Uhr angeordneten Liquidationstagsfahrt zu melden.

Bezirksgericht Reifnitz den 28. Mai 1844.

3. 869. (1) Nr. 1701.

#### E d i c t.

Von dem vereinten k. k. Bezirksgerichte Egg und Kreutberg wird hiemit bekannt gemacht: Es habe über vorausgegangene Untersuchung für nöthig erachtet, dem Sanzhübler Johann Saig von Nikitouz, in der Localität Kerschletten, wegen angewohntem Hange zur Verschwendung, die freie Vermögensverwaltung abzunehmen, und ihn dießfalls unter die Curatel des Thomas Schaubi von Pippa zu stellen.

K. K. Bezirksgericht Egg und Kreutberg am 5. Juni 1844.

3. 889. (1) Nr. 957.

#### E d i c t.

Alle jene, welche die zu Weinig in Erledigung gekommene Bezirkswundargten-Stelle, mit einer jährlichen Gratification pr. 120 fl. aus der hiesigen Bezirkscaassa, dann der einstweiligen Remuneration für die Fleischbeschau pr. 12 fl. und einem beiläufigen Impfsverdienste pr. 20 fl. jährlich verbunden, zu erhalten wünschen, haben ihre dießfalls gehörig belegten Gesuche bis 15. Juli l. J., portofrei, bei dieser Bezirksobrigkeit zu überreichen.

Bezirksobrigkeit Krupp am 30. Mai 1844.



B. 899. (1)

E d i c t.

Nr. 1658. B. 857. (3) E d i c t.

Von dem vereinten k. k. Bezirksgericht Egg und Kreutberg, als Abhandlungsinstant, wird über Ansuchen der Frau Margareth Smuk, und des Herrn Johann Rus, zur Erforschung der Verlass-Passiva und Activ-Forderungen nach dem zu hier am 5. Mai d. J. verstorbenen Realitätenbesitzer und Oberrichter Herrn Franz Smuk, vulgo Bodopius, die Tagsatzung auf den 3. Juli d. J. Früh um 9 Uhr angeordnet. Wovon nun die Verlassansprecher bei dem Anhang des S. 814 b. G. B. in Kenntniß gesetzt werden, den Verlassschuldnern aber bedeutet wird, daß sie bei ihrem Ausbleiben sogleich im ordentlichen Rechtswege belangt werden würden.

K. K. Bezirksgericht Egg und Kreutberg am 1. Juni 1844.

B. 900. (1)

E d i c t.

Nr. 945.

Von dem k. k. Bezirksgericht Egg und Kreutberg wird hiemit bekannt gemacht: Es sey in der Executionssache der Ursula Pentscheg von Doustka, als Rechtsnachfolgerinn ihres Ehegatten Vor. Pentscheg, wider Mathias Starin von Gorjusch nächst Kreutberg, in die executive Feilbietung der, dem Letztern gehörigen, im Schätzungsprotocoll de praes. 27. Februar 1844, B. 590, gerichtlich auf 552 fl. 30 kr. bewertheten, dem Gute Kreutberg sub Dom. Ggzbuch Pag. 36 dienstbaren behauften Realität, wegen aus dem gerichtlichen Vergleich vom 20. November 1841, B. 851, schuldigen 65 fl. sammt Nebenverbindlichkeiten gewilliget, und zur Vornahme derselben drei Termine, auf den 27. Juni, 27. Juli und 26. August d. J., jedesmal Früh 9 Uhr in loco der Realität zu Gorjusch nächst Kreutberg mit dem Beisatze angeordnet worden, daß dieselbe bei der ersten und zweiten Feilbietungstagsatzung nur um oder über den Schätzungswert, bei der dritten aber auch unter demselben hintangegeben werde.

Wozu Citationenlustige mit dem Anhang eingeladen werden, daß der Grundbuchsextract, das Schätzungsprotocoll und die Citationenbedingnisse, worunter die Obliegenheit für jeden Cicitanten zum Erlage einer baren Caution pr 100 fl., während den gewöhnlichen Amtsstunden hieramts eingesehen und in Abschrift erhoben werden können.

K. K. Bezirksgericht Egg und Kreutberg am 24. April 1844.

B. 852. (3)

E d i c t.

Nr. 889.

Das gefertigte Bezirksgericht hat für nöthig befunden, den Jakob Vobrenk von Barobak, Pfarr Mariathal, wegen erwiesener Verschwendung und unordentlichem Lebenswandel die freie Verwaltung seines Vermögens abzunehmen, denselben als Verschwender unter Curatel zu setzen, und ihm den Martin Komar von Zelleine auf unbestimmte Zeit zum Curator zu bestellen.

Bezirksgericht Neudegg den 15. Mai 1844.

Von dem Bezirksgerichte des Herzogthums Gottschee wird über Ansuchen des Mathias Gletschopf von Krapfenfeld, nomine seines Weibes Ursula, in die executive Feilbietung der, von demselben mit Bescheid vom 4. November 1844, B. 3562, in Execution gezogenen, auf die Hube Nr. 11 in Obern für Agnes Perz hastenden Forderung pr. 300 fl., und wegen schuldigen 74 fl. sammt den bievon seit dem 31. December 1839 laufenden 5 % Interessen und den zugesprochenen Klagekosten pr. 4 fl. 39 kr. bewilligt, und wegen deren Vornahme die Tagsatzung auf den 17. Juni, 1. und 15. Juli. l. J., jedesmal um 10 Uhr Vormittags in der hiesigen Gerichtskanzlei mit dem Beisatze angeordnet, daß diese Forderung bei der ersten und zweiten Feilbietungstagsatzung nicht unter, bei der dritten Feilbietungstagsatzung aber auch unter dem Nominalwerthe hintangegeben würde.

Wovon sämtliche Kauflustigen mit dem Beisatze verständiget werden, daß der Grundbuchs-extract und die Feilbietungsbedingungen hiergerichts eingesehen werden können.

Bezirksgericht Gottschee am 10. Mai 1844.

B. 867. (3)

E d i c t.

Nr. 1667.

Von dem Bezirksgerichte Rupertsdorf zu Neustadt wird allgemein kund gemacht: Es sey vom hohen k. k. Stadt- und Landrechte zu Laibach über Ansuchen des Herrn Vincenz Freiherrn von Schweiger, Vormundes des minderjährigen Amanus Freiherrn, und der minderjährigen Camilla Freiinn von Schweiger, die öffentliche Feilbietung des zum Verlasse ihrer Mutter Frau Maria Freiinn von Schweiger, Fruchtnießerinn der Herrschaft Rupertsdorf, gehörigen beweglichen Vermögens, bestehend in Silbergeräthschaften, Haus- und Zimmereinrichtungsstücken, Hauswäsche und Bettzeug, Porzellan und Steingutgeschirr, Meierhäusern und sonstigen Werkzeugen, Weingeschirr, und zur Weinerzeugung nöthige Geräthschaften, Wein, Getreide, Stroh, Heu, Korn, Sauerkraut, Speck, Schweinflisch, von Vieh ein Paar Ochsen, einige Kälber und Kleinvieh, — sämtliche Fahrnisse im gerichtlichen Schätzungswert pr. 1421 fl. 59 kr., bewilligt, und dieselbe über Ersuchschreiben dieses k. k. Stadt- und Landrechtes vom 25. v. M., B. 4842, von dem gefertigten Bezirksgerichte auf den 18. d. M. und nöthigen Falls die nachfolgenden Tage von 8 bis 12 Uhr Vormittags, und von 2 bis 7 Uhr Nachmittags in der Herrschaft Rupertsdorf bestimmt wurde, wozu die Kauflustigen mit dem Beisatze eingeladen werden, daß die zu veräußernden Gegenstände nur gegen gleich bare Bezahlung hintangegeben werden.

Bezirksgericht Rupertsdorf zu Neustadt am 1. Juni 1844.